

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII, Hlohova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Donnerstag, 20. Oktober 1938

Nr. 247

Eine überraschende Reise:

## Oberst Beck bei König Carol

Tagesordnungspunkt: Die Regelung zwischen Ungarn und der CSR

**Warschau.** Der polnische Außenminister Oberst Beck ist in Galatz eingetroffen. Gleichzeitig mit ihm traf der rumänische Botschafter in Warschau Franzosovic ein, ferner der polnische Botschafter in Bukarest Graf Sacini, der dem polnischen Außenminister bis an die Grenze entgegengefahren war. Unterwegs bestieg der rumänische Außenminister Comnen den Salonwagen des polnischen Außenministers, so daß die Besprechungen noch im Zuge begannen haben. Das Wesentliche des überraschenden Besuchs Beck ist seine Audienz beim König Carol. Oberst Beck reiste noch abends nach Warschau zurück.

**Paris.** Die plötzliche Reise des polnischen Außenministers Beck nach Galatz zu einer Zusammenkunft mit dem König von Rumänien Carol hat in Paris ein beträchtliches Interesse erweckt und wird als äußerst bedeutsam für die künftige Regelung des ungarisch-tschechoslowakischen Problems bezeichnet. Ähnliche Stellen bewahren weiterhin Zurückhaltung. Das Außenministerium aber läßt sich über die Ansichten der Regierungen der einzelnen Staaten durch ihre diplomatischen Vertreter baselbst sowie durch die diplomatischen Vertreter dieser Staaten in Paris eingehend informieren. Außerdem steht der Quai d'Orsay in dauerndem Meinungsaustausch mit dem britischen Foreign Office.

Von berechtigter Pariser Seite wird angedeutet, daß die französische Regierung, ohne zunächst in die eigentlichen Verhandlungen (zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei) einzugreifen, vollkommen die Anschauung amtlicher englischer Stellen teilt, welche die Erwartung hegen, daß beide unmittelbar interessierten Seiten, nämlich Ungarn und die Tschechoslowakei, sich so einigen werden, wie das Münchener Abkommen festsetzte, nämlich auf gerechter und rein ethischer Grundlage. Die Pariser Blätter machen hierbei auf Grund autorisierter Informationen aufmerksam, daß der Standpunkt sowohl der britischen wie der französischen Regierung ein ganz anderer sein würde, falls Forderungen erhoben werden sollten, die zum Schaden des tschechoslowakischen von Rumänien bewohnten Gebietes auf Geländen

politischen oder strategischen Charakters beruhen würden.

**London.** Die „Times“ schreiben, es bestünde Gründe für die Annahme, daß die englische Regierung nur diejenigen ungarischen Forderungen unterstützen wird, die ausschließlich auf der ethnographischen Idee beruhen. Die Regierung hoffe, daß sich beide Seiten in dieser Angelegenheit rasch einigen werden. Der Standpunkt der englischen Regierung fügt das Blatt hinzu, ist aber ein vollkommen anderer soweit es sich um ungarische Forderungen handelt, die auf politischen oder strategischen Erwägungen beruhen.

**Berlin.** Der Reise des polnischen Außenministers Beck nach Bukarest widmet die gesamte Presse der osteuropäischen Länder aufmerksame

Betrachtungen. Man glaubt, daß Beck mit bestimmten Vorschlägen nach Bukarest gefahren sei, die sich auf das Verhältnis Ungarns und Polens zur Tschechoslowakei beziehen. Zweifelslos liegt die Reise Beck im Zuge der konsequenten Politik Polens, die sich seit langem um eine engere Verbindung der osteuropäischen Völker bemüht. Allerdings ist es fraglich, sagt der „Angriff“, ob der gegenwärtige Anlaß diesen Konzeptionen förderlich ist. Die Stellungnahme Rumaniens dürfte nicht nur von den Erwägungen diktiert werden, die sich aus den tschechoslowakischen Ereignissen ergeben haben, sondern auch von Momenten grundsätzlicher Art und jener betrachtenden Haltung zu solchen Dingen, an denen man keine direktesten Interessen besitzt.

## Flüchtlinge nach Übersee

**London, 19. Oktober.** Die Bestrebungen, sudetendeutschen Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei in Großbritannien eine neue Heimstätte zu schaffen, haben zu kleinen Anfangsergebnissen geführt. Die britische Regierung ist Blättermeldungen zufolge, entschlossen, einer bestimmten Anzahl von Flüchtlingen wenigstens für eine gewisse Zeit die Niederlassung in England zu gestatten. Die notwendigen Vorbereitungen werde der britische Konsul in Prag treffen. Man glaubt in London, daß von dieser Maßnahme etwa 300 Personen erfasst werden dürften.

Aus Ottawa melden die „Times“, daß der Vorschlag, 5000 Flüchtlinge aus dem sudetendeutschen Gebieten die Einreise nach Kanada zu gestatten, günstig beurteilt wird. Die kanadischen Behörden erklärten, daß im Falle die

Flüchtlinge eine genügende Kapitalunterstützung haben, um sich als Farmer niederlassen zu können, keine ernsthaften Einwände dagegen bestehen. Flüchtlinge jedoch, welche sich in den Städten niederlassen wollen, seien unerwünscht, da sie nur die bestehende Arbeitslosigkeit vermehren würden.

## Neuseeland nimmt Flüchtlinge auf

**London.** „Daily Herald“ meldet: Der Hochkommissar für Neuseeland in London Jordan erklärte Dienstag abends, Neuseeland könne eine große Zahl von Flüchtlingen aufnehmen. „Wir haben für sie Arbeit auf einige Jahre und können Arbeitskräfte aufnehmen, wenn wir geeignete Kräfte finden“.

## Tiso, Durčanský und Bačinský bei Ribbentrop

**Berlin.** Der Minister für die Verwaltung der Slowakei Dr. Tiso, der Vorsitzende der slowakischen Regierung, der slowakische Justizminister Dr. Durčanský und der karpathorussische Minister des Innern Dr. Bačinský sind am Mittwoch vom Reichsaußenminister von Ribbentrop empfangen worden.

Wie das Deutsche Nachrichtenbüro hört, gibt der gegenwärtige Stand der Besprechungen, denen eine Anregung der Prager Regierung zugrunde liegt, zu der Hoffnung Anlaß, daß die von Deutschland und Italien eingeleitete Vermittlung bald zu einer endgültigen Vereinigung der noch schwebenden ungarischen Volkstumsfragen in der Tschechoslowakei führen wird. Der Besuch in München wird hier als logische Fortsetzung der Besprechungen zwischen Reichkanzler Hitler und dem gewesenen ungarischen Ministerpräsidenten Daranyi sowie zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini und dem Grafen Csaty bezeichnet.

## Palästina in heller Rebellion

Schwere Straßenkämpfe in Jerusalem — Keine Teilung Palästinas?

**Jerusalem.** (Neuer.) In Uebereinstimmung mit dem montägigen Befehl des Militärgouverneurs, Major O'Connor, ist Dienstag vormittags das Elitegarderegiment „Goldstream“ in die Altstadt von Jerusalem einmarschiert und begann auf Grund eines einheitlichen strategischen Planes die Stadt von aufständischen Elementen zu säubern.

Flugzeuge warfen gestern über Jerusalem Flugzettel ab, in denen die außerhalb der Altstadt wohnende Bevölkerung aufgefordert wird, im Hinblick auf die erforderlichen militärischen Maßnahmen ihre Wohnstätten nicht zu verlassen. In den Mittagshunden waren die Straßen in ganz Jerusalem beinahe menschenleer. Sie wurden nur von Militärfahrern durchfahren.

Während des Montag stand der hohe Kommissar für Palästina in ständiger Verbindung mit den kommandierenden Offizieren und den Chefs der zivilen Behörden. In der Altstadt dauerten den ganzen Tag über die Schießereien an. Die in guten Deckungen befindlichen Aufständischen beschoffen die britischen Truppen und die Polizei.

**Beirut.** (Neuer.) Der französische Hohe Kommissar für Palästina hat der Regierung von Syrien und Libanon eine amtliche Warnung zugehen lassen, daß sie Bewaffneten den Grenzübergang aus ihren Ländern nach Palästina nicht gestatten sollen. Jeder Verkehr aus diesen Staaten nach Palästina auf der Uferstraße über Anata ist eingestellt worden.

## Aus dem Inhalt:

Neuerliche Unterredung  
Hitler - Chamberlain?

## Vor der Präsidentenwahl

**Prag.** Amtlich wird mitgeteilt: Da die Verhandlungen mit den ausländischen Staaten über die Festsetzung der neuen Grenzen bisher nicht abgeschlossen werden konnten, ist es physikalisch nicht möglich, das Parlament in der von der Verfassung für die Wahl des Präsidenten festgesetzten Frist einzuberufen.

Seit dem Rücktritt des Präsidenten Dr. Benes sind eben vierzehn Tage verfloßen, innerhalb welcher Frist nach dem Wortlaut der Verfassung in neues Staatsoberhaupt hätte gewählt werden sollen. Wenn dies noch nicht geschehen ist, hat das seinen Grund teils in formaljuristischen, teils in politischen Schwierigkeiten, die in so ungewöhnlichen Zeitläuften aufsteht einzuberechnen.

Gleich nach der Demission des früheren Staatspräsidenten ist die Frage entstanden, von wem der künftige Präsident gewählt werden soll. Nach der Verfassung sind zu dieser Wahl beide Häuser der Nationalversammlung berechtigt, die zu diesem Zwecke zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreten. Nun sind sowohl das Abgeordnetenhaus als auch der Senat nicht nur unter ganz anderen politischen Verhältnissen, sondern sie sind auch von einem Gebiet gewählt worden, von dem ein Teil heute faktisch zur Tschechoslowakischen Republik nicht mehr gehört. Die neuen Staatsgrenzen und die Grenzen der Wahlkreise überschneiden sich derart, daß es unmöglich ist, zu entscheiden, welche Abgeordnete in dem abgetretenen Gebiet und welche in dem neuen Staatsgebiet gewählt worden sind, wer also für die Wahl des Präsidenten zuständig ist. Die Beratungen, die innerhalb der Koalitionsparteien über diese Frage geführt worden sind, haben eine gewisse Zeit in Anspruch genommen und man kann wohl heute sagen, die allgemeine Ansicht ist die, daß der neue Präsident von der bis herigen Nationalversammlung gewählt werden wird.

Die Wahl des neuen Staatsoberhauptes ist aber naturgemäß vor allem eine politische Frage. Eine der Wirkungen der erschütternden Ereignisse der letzten Wochen auf das tschechische Volk bestand darin, daß ganz allgemein Bestrebungen auftraten, welche die Zusammenfassung der nationalen Kräfte anstrebten. Bezeichnend hierfür ist die Diskussion, welche in der tschechischen Presse im Gange ist, ob das bisherige politische Parteiensystem aufrecht erhalten werden kann, bzw. ob nicht die Anzahl der politischen Parteien reduziert werden sollte. Auch innerhalb der Arbeiterschaft gibt es Einheitsbestrebungen, die sich vor allem auf die Schaffung einheitlicher Gewerkschaften erstrecken. Ebenso sind die Organisationen der Turner der verschiedenen Parteirichtungen untereinander in Verbindung getreten, um gemeinsam zu arbeiten. Es liegt nun auf der Hand, daß dieses Bestreben nach Einheit und Einhelligkeit sich auch geltend machen muß in der Frage der Wahl des Präsidenten der Republik. Es wäre ein gar zu schreiender Widerspruch gewesen, wenn auf der einen Seite ununterbrochen der Ruf nach Einheit ertönt wäre, und gerade bei der Präsidentenwahl diese Einheit gemangelt hätte. Die Koalitionsparteien haben sich deswegen mit der Frage der Person des künftigen Präsidenten beschäftigt und schon vor einigen Tagen grundsätzlich beschlossen, daß eine einheitliche Kandidatur aufgestellt werden soll. Das ist nach der Lage der Dinge nicht nur eine Frage der Tschechen, sondern auch eine solche der Slowaken und Karpathorussen, denn der künftige Präsident muß nunmehr den dreiteiligen Staat, bzw. soll alle seine drei Teile repräsentieren. In der Slowakei und in Karpathorussland im besonderen gibt es selbständige Regierungen, deren Wille und Wunsch gerade bei der Wahl der Person des künftigen Präsidenten nicht unbeachtet gelassen werden kann.

Diese einheitliche Wahl bietet manchen Vorteil. Es wird verhindert werden, daß eine Person gewählt werden könnte, welche für einen Teil der Nation untragbar wäre. Es wird also der künftige Präsident der Ausdruck des nationalen Willens sein, wie er gegenwärtig vorhanden ist. Das künftige Staatsoberhaupt wird auch unbelastet sein von der früheren Politik, das heißt, es ist nicht ein Mann, der aus der Reihe der bisher führenden Politiker des Staates genommen werden wird.

Allgemein wird auch die Ansicht ausgesprochen, daß der künftige Präsident ein Mann mit wirtschaftlichen Erfahrungen sein müsse. Gerade

## Verlassene Wohnungen anmelden!

**Prag.** Mittels Erlass des Innenministeriums vom 13. Oktober 1938, Zahl 85.652—1938—14a wird eine Konstriktion der verlassenen Wohnungen in dem von der reichsdeutschen und polnischen Armee besetzten Gebiete angeordnet.

In diesem Zusammenhange fordert der Prager Polizeipräsident alle Personen auf, die in dem genannten Gebiete Wohnungseinrichtungen zurücklassen und sich nun im Bereiche Groß-Prags aufhalten, ihre Konstriktion sofort, spätestens aber bis zum 31. Oktober 1938 bei dem zuständigen Polizeikommissariate abzugeben.

Die Anmeldung soll enthalten:

1. Den Namen des Wohnungseigentümers, seine Beschäftigung und gegenwärtige Adresse.
2. Gemeinde, Gasse, Konstriktionsnummer, Nummer der verlassenen Wohnung, Stockwerk, Größe der Wohnung.
3. Politischer Bezirk.
4. Nächste Eisenbahnstation.
5. Vorbereitet zum Abtransport (gepackt oder nicht?).
6. Verzeichnis der Möbel, Wäsche, Betten.
7. Andere nähere Daten (s. B. wenn die Wohnung oder Schlüssel anvertraut wurden, u. dgl.).

Die Anmeldung ist doppelt auszufüllen, auf einem besonderen Formular, das bei den zuständigen Bezirkspolizeikommissariaten erhältlich ist.



auf dem Gebiet der Wirtschaft liegen die großen Probleme des neuen Staates. Der wirtschaftliche Wiederaufbau muß dem neuen Organismus angepaßt werden, der Staat ist kleiner geworden, und nicht nur das, er besteht nun aus drei Teilen, und dieser inneren Konstruktion des Staates muß ebenso wie seinem nummernmäßigen äußeren Rahmen Rechnung getragen werden. Sowohl auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten werden Werke von großem Ausmaß unternommen werden müssen, und auch im Bereiche der Privatwirtschaft wird es vieler Initiative bedürfen, damit die öffentliche und private Wirtschaft angeregt wird. Diese Wirtschaftsaufgaben sind von ausschlaggebender sozialer Bedeutung. Es gilt, die demobilisierten Soldaten ihren zivilen Berufen wiederzugeben. Es entsteht das große Problem der öffentlichen Angestellten, die zu Tausenden aus den okkupierten Gebieten zurückströmen, so daß die Gefahr sozialer Spannungen nicht übersehen werden darf. Will man den Menschen Arbeit geben und dadurch ihre Unzufriedenheit bannen, wird es der Großzügigkeit im Plan und in der Ausführung bedürfen und gerade deswegen hat man die Ansicht geäußert, daß der künftige Präsident diese Wirtschaftsprobleme wird genau kennen müssen, daß es ein Mann von wirtschaftlicher Erfahrung und Weitblick sein muß. Er wird in die Lage kommen, das Tempo der gesamten Verwaltung im Hinblick auf die neuen Aufgaben beschleunigen zu müssen, er wird ebenso mit Energie wie mit Bedachtsamkeit, mit Initiative und Fähigkeit die schwierigen Aufgaben lösen müssen, die an den Staat und an ihn herantreten werden. Wird der neue Mann sich diesen Aufgaben gewachsen zeigen, wird er mit Mut und Kraft an sie herantreten, dann wird die Bevölkerung ihm freudig helfen, weil alle den Ausweg aus der politischen Krise, aus dem wirtschaftlichen Notstand und der sozialen Spannung suchen, in denen wir uns befinden.

Das Tschechoslowakische Presbüro erfährt aus informierten Kreisen, daß alle Nachrichten und Kombinationen, als ob in politischen Kreisen irgendwelche Richtlinien für die Präsidentenwahl oder für die Kandidatur bestimmter Personen vereinbart worden wären, vollkommen hinfällig sind.

**Tagung des Ministerrates**

Prag. (Amstsch.) Der Ministerrat hielt am 19. Oktober eine Sitzung ab und beschäftigte sich nach Durchberatung der Referate über die auswärtige und die Innenpolitik mit der Festlegung des Programms der dringlichsten Regierungsarbeiten. Von den Entwürfen für den ständigen Ausschuss der Nationalversammlung wurde der Entwurf einer Verfügung über die Ansprüche von Veteranen, welche in die Arbeitsformationen eingereicht sind, nach dem Befehle über die Sozialversicherung angenommen. Auf dem Gebiete der Regierungsüberordnungsgewalt wurde eine Verordnung über die Regelung der Beschäftigung von Veteranen aus den Gebieten, die von einer fremden Macht besetzt sind, angenommen.

**Flugverbindung mit M.-Ostrau**

Mähr.-Ostrau. Die Verbindung Mähr.-Ostrau mit den übrigen Teilen der Republik hat sich bereits gebessert. Die M.-Ostrauer Lokalbahn führen mit 21. d. W. eine direkte Autobusverbindung mit Brünn ein; Abfahrt von Mähr.-Ostrau um 5.45 Uhr, Rückfahrt von Brünn um 16 Uhr.

In Mähr.-Ostrau ist Dienstag eine Kommission des Ministeriums für öffentliche Arbeiten unter Führung des Ministerialrates Ing. Kanceler eingetroffen. Die Kommission beriet mit den Vertretern der Stadt und des Ostrauer Aeroklubs über die technischen Fragen der Errichtung der Fluglinie Ostrau-Prag. Die Vertreter der Stadt und des Ostrauer Aeroklubs forderten, daß die Luftverbindung bereits mit Beginn der nächsten Woche aufgenommen und der Abflug von Ostrau auf 8.20 Uhr und der Abflug von Prag auf 14.20 Uhr festgesetzt werde. Der Flug würde zwei Stunden dauern und die Flugzeuge müßten in Olmütz zwischenlanden.

Ungarischen und deutschem Blatt in Preßburg die Kolportage entzogen. Wie gemeldet wird, wurde den in Preßburg erscheinenden Blättern „Eti Hšag“ und dem „Grenzboten“ die Bewilligung der Kolportage entzogen. Einer der Gründe war das Material, welches man in einem der beiden Blätter bei einer Hausdurchsuchung gefunden hat.

Der Unterricht am staatlichen militärischen Reformgymnasium beginnt Montag, den 24. Oktober d. N., um 8 Uhr im Gebäude der Militärakademie in Mähr.-Ostschlitz. Die Schüler des Gymnasiums, die vom Schulkommando Urlaub erhielten, werden aufgefordert, bis 22. Oktober d. N. in die Schule einzurücken. Das Eisenbahnministerium hat alle Bahnstationsämter der tschechoslowakischen Staatsbahnen darauf aufmerksam gemacht, den Jünglingen des staatlichen militärischen Reformgymnasiums, die dieser Tag, mit der Bahn die Reise in die Anstalt in Mähr.-Ostschlitz antreten, bei Vorlage der Schülerlegitimation die Fahrpreisermäßigung einzuräumen.

**Vor einer neuerlichen Unterredung Hitler - Chamberlain?**

London. Ministerpräsident Chamberlain hat durch seine Rückkehr aus Schottland die politische Herbsttätigkeit der englischen Regierung eingeleitet. Nach einer halbständigen Aussprache, die er mit dem Außenminister Halifax hatte, und einer Besprechung mit dem Dominienminister MacDonald, der ihn über Palästina unterrichtete, fand die erste Sitzung des englischen Ministerrates in der Herbstsession statt, der im Laufe der Woche eine weitere Sitzung folgen soll, die auf Grund wichtiger außenpolitischer und gewisser Ereignisse in England notwendig werden dürfte.

Ministerpräsident Chamberlain führte einige Stunden nach seiner Rückkehr von Schottland den Vorsitz in der Sitzung des Ministerrates, in welchem, wie verlautet, eine ganze Reihe bedeutungsvoller Fragen behandelt wurde. Es handelte sich in erster Linie um die Lage in Palästina. Der Bericht der Woodhead-Kommission liegt zwar noch nicht vor, doch ist seit der letzten Kabinettsitzung eine bedeutsame Entwicklung der Ereignisse zu beobachten, über die, wie es heißt, Kolonialminister Malcolm MacDonald dem Kabinettsberichtete. Sein Bericht stützt sich auf seine kürzliche Unterredung mit dem Hochkommissar von Palästina. Der Kolonialminister wurde beauftragt Montag abends vom König empfangen und trat auch mit dem palästinensischen Parlamentsauschuss in Verbindung. Der Kolonialminister nahm den Standpunkt, den ihm diese Deputation darlegte, zur Kenntnis, ohne jedoch zur Zeit irgendeine Erklärung über die britische Politik abgeben zu können.

Premierminister Chamberlain soll die Absicht haben, nunmehr seine Außenpolitik mit größter Energie weiter zu verfolgen. Seine nächsten Pläne sollen, der Presse nach, eine neuerliche Aussprache mit Reichsführer Hitler umfassen, um die Forderungen Deutschlands in lückenloser Weise kennenzulernen. Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, der Dienstag zu mehrwöchigem Urlaub in London eintraf, soll bei den notwendigen Vorbereitungsarbeiten beratend beistehen.

„Times“ schreibt: Man darf nicht zulassen, daß das Mißtrauen gegenüber dem Nationalsozialismus oder dem Faschismus das angestrebte Suchen nach der Möglichkeit der Zusammenarbeit verhindert. Man darf nicht einmal zulassen, daß das Mißtrauen gegen den Kommunismus ein Hindernis der Erweiterung des Einbernehmens um eine fünfte europäische Großmacht bildet. Es ist kaum anzunehmen, daß eine internationale Harmonie eintritt, wenn wir nicht ein Mittel zur Sicherung der Zusammenarbeit auch mit jenen Staaten finden, die Doktrinen verkünden, welche von unseren Doktrinen absolut verschieden sind.

„Daily Express“ erzählt, daß es das Ziel Chamberlains für die nächsten Wochen sein werde, die größten Anstrengungen zu machen, um eine allgemeine Verabingung herbeizuführen und einen neuen Rüstungswettlauf zu verhindern. An diplomatischen Stellen herrscht die Ansicht vor, daß die Lage im großen und ganzen günstiger sei, als es meist scheint.

**Welczek bei Daladier**

Paris. Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Welczek, hatte Montag eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Daladier und traf Dienstag mit Außenminister Georges Bonnet zusammen. Wie verlautet, betrafen die Unterredungen mit dem deutschen Botschafter eine allseitige Regelung der französisch-deutschen Verhältnisse. Die französische Regierung ließ die deutsche Regierung um ihre Zustimmung zur Ernennung des bisherigen französischen Botschafters in Moskau Coussol zum Nachfolger Francois-Poncet in Berlin ersuchen.

Ueber die Person, die für Moskau ernannt werden soll, wurde bisher nicht entschieden. Außenminister Georges Bonnet hatte diesbezüglich Montag eine Unterredung mit dem Sowjetbotschafter Suric.

London. Die Union von Cambridge (Verband der Universtitäten) genehmigte nach einer langen Debatte mit 471 gegen 282 Stimmen den Entwurf für eine Mißtrauensumgebung gegen die britische Außenpolitik der Regierung.

**Wie Italien sich aus Spanien „zurückzieht“**

London. (Ag. Sp.) Zu dem italienischen Verlangen, nun den Balkan-London-Rom in Kraft zu setzen, weil ja 10.000 italienische Soldaten aus Franco-Spanien heimgeschickt worden sind, schreibt Vernon Bartlett im „News Chronicle“:

„Ich habe den Beweis, daß vor nur wenigen Tagen italienische Tanks und sonstiges Kriegsmaterial mehr oder weniger offen in Cadix ausgeführt worden sind. Ein zufällig anwesender Beobachter erhielt auf seine Frage die Antwort, daß die Schiffe natürlich nicht leer von Italien hinfahren könnten, aber jetzt viele Schiffe zur Heimförderung italienischer Soldaten nötig seien.“

**Dagegen ...**

Barcelona. (Ag. Sp.) Die ausländischen Freiwilligen an der Estremadura-Front der republikanischen Armee, deren Zahl übrigens sehr gering ist, sind zurückgezogen worden, um gleich denen der anderen Fronten abzurufen und Spanien zu verlassen, wie die Regierung der Republik zum tiefen Bedauern der Freiwilligen wie ihrer spanischen Kameraden beschloffen hat.

**Ein Anschlag auf die spanische Republik**

London. (Ag. Sp.) Nach der Meinung autoritativer Londoner Kreise schreiten die britisch-italienischen Verhandlungen nur sehr langsam, um nicht zu sagen: gar nicht vorwärts. Italien zeigt sehr wenig Entgegenkommen und Giano nicht die geringste Veröhnungsbereitschaft. Die britische Regierung soll bereit sein, die Heimführung von 10.000 Italienern als genügend zur Ratifizierung des anglo-italienischen Vertrags anzusehen, Italien aber die Anerkennung seiner Kontrollrechte (dieser englische Ausdruck bedeutet einfach: Herrschaft) — eventuell in der Form eines Mandats! — über Mallorca und Ibiza verlangen. Die italienischen 10.000 seien heimgeschickt worden, weil ihre normale 18monatige Dienstzeit erfüllt gewesen sei. Gewisse Kreise nehmen an, daß

**Japan vor Hankau erfolgreich**

Schanghai. Japanischen Nachrichten zufolge haben die Japaner am Dienstag an der Hankau-Front die beiden strategisch wichtigen Plätze Yangkin und Teian erobert. Yangkin liegt im Raum südlich des Yangtsi-Flusses und bildet die Schlüsselstellung zur Suyepebene. Die Einnahme Yangkins ist die Folge einer ausgedehnten Umgebungsbeziehung. Teian ist ein wichtiger Punkt auf dem Wege von Kiuhsiang nach Kantung.

Hankau. Ueber Nacht hat Hankau ein vollkommen verändertes Aussehen angenommen. Die Stadtverwaltung hat tausende Michakulis zur Hilfeleistung bei der Räumung der zivilen Stadt kommandiert. Die Straßen der Fremden-Nieder-

lassungen sind fast verödet. Aus den chinesischen Stadtteilen werden Menschen und Vieh sowie Einrichtungsgegenstände in die weniger gefährdeten Provinzen abgehoben.

**Barcelona wieder bombardiert**

Barcelona. Der diensttägige Frühangriff auf Barcelona wurde von zwei Escadren Francos unternommen. Der erste Angriff wurde durch Flugabwehrgeschütze abgeblasen, der zweite wurde durch das Eingreifen republikanischer Jagdflugzeuge abgewehrt, wobei ein Franco-Flugzeug abgeschossen wurde. Im Hafen wurden viele Menschen durch Bomben getötet. Die Mitglieder der internationalen Kommission, die den Abgang der fremden Freiwilligen überwachen wollen, erlebten dabei den ersten Flugangriff. Bei dem Flugangriff wurden die zwei britischen Dampfer „Lake Galwill“ und „African Explorer“ von Bomben getroffen.

**Frontbericht vom Dienstag**

Barcelona. (Ag. Sp.) Am Ende des Montags haben die Republikaner einen Rebellenangriff in der Ebrozone zurückgeschlagen. Der Feind mußte in seine Ausgangsstellung zurück.

Vier Heinkelflugzeuge versuchten Montag morgens Cartagena zu bombardieren, wurden aber von Jagdflugzeugen daran gehindert. Der Chef des deutschen Geschwaders, dessen Flugzeug getroffen wurde, mußte notwassern. Alle republikanischen Maschinen lehrten unbeschädigt zurück. Fünf Dreimotor-Savoia bombardierten vormittags das Hafenviertel von Valencia. Drei Wasserflugzeuge bombardierten gegen Mittag Denia, zerstörten durch 80 Bombenabwürfe auf das Zentrum fünf Gebäude völlig. Achtzehn Tote und 34 Verwundete sind bisher zu beklagen.

Oberst Villalba, der nach dem Fall von Maslaga der Mißguld an diesem Verlust angeklagt worden war, ist vom Obersten Gerichtshof freigesprochen worden.

**Sunglung. (Neuter.)** Man erwartet, daß die

Chinesen etwa 25 Kilometer von Kanton entfernt eine Verteidigungsstellung beziehen werden. Diese Vermutung wird auch durch die Tatsache bestätigt, daß große chinesische Truppenabteilungen aus der Provinz Kwansi ständig durch Kanton marschieren und an die südjapanische Front abgehen. Entlang der Bahnstrecke Kanton—Kantung sind schätzungsweise rund 100.000 chinesische Soldaten konzentriert. Vorläufig glauben die Chinesen an keinen größeren Angriff der Japaner, da diese das Eintreffen weiterer Verstärkungen abwarten.

**Der Aiskauf des sudetendeutschen Gebietes**

Berlin. Der Reichsforstmeister hat bestimmt, daß dem Verbot des Erwerbes und des Verbringens von Waren aus den sudetendeutschen Gebieten nach dem übrigen Reichsgebiet auch Erfa-Holz, Kleistholz, Rothholz von Buchsbaum usw. unterliegen. Der Abschluß von Waren aller übrigen Erzeugnisse der Forstwirtschaft und der aus ihnen hergestellten Holzhalbwaren aus den sudetendeutschen Gebieten wird in der Weise geregelt, daß der Erwerb und das Verbringen in das übrige Reichsgebiet nur gegen Erteilung einer Bewilligungsbefreiung oder Unbedenklichkeitsbescheinigung zulässig ist. Die Befreiung wird regelmäßig nicht erteilt, soweit es sich um Erzeugnisse von Holz- und Holzhalbwaren handelt, die für die sudetendeutsche Bedarfbedeckung selbst benötigt werden oder die von anderen Ländern, einschließlich des Gebietes der Tschechoslowakei zur Verwendung oder zum Gebrauch im sudetendeutschen Gebiet erworben und dorthin verbracht worden sind.

**„Mein Kampf“ in Karpathorußland**

Die Karpathorussische Regierung bewilligte die Errichtung einer deutschen Partei unter der Bezeichnung „Deutsche Partei“ und der Vertretung von fünf deutschen Zeitungen auf dem Gebiete Karpathorußlands. Auch der freie Verkauf des Buches „Mein Kampf“ wurde genehmigt.

**Görling — Oberbefehlshaber der Wehrmacht?**

Berlin. Amtliche Berliner Kreise demontieren kategorisch die ausländischen Meldungen, denen zufolge einzelne deutsche Botschafter, insbesondere in Buenos Aires, Washington und Rom abberufen werden sollen.

Einschließlich der Nachrichten, daß Marshall Göring zum Oberbefehlshaber der gesamten deutschen bewaffneten Macht ernannt werden solle, wird erklärt, daß derartige Meldungen vorderhand zu mindestens verfrüht seien.

**Tagung des Großen faschistischen Rates**

Rom. Der Große faschistische Rat, trat Dienstag unter dem Vorsitz Mussolinis zusammen. In dem ausgegebenen Bericht wird angeführt: Mussolini behandelte die innere Lage Italiens, Der Große Rat beauftragte den Minister für Wehrziehung damit, in der nächsten Sitzung konkrete Anträge für eine Neuorganisation der Mittelschulen vorzulegen. Der Rat tritt am 25. November wieder zusammen.

**Visazwang für Frankreich**

Paris. Das diensttägige Amtsblatt veröffentlicht ein Verzeichnis jener Staaten, deren Angehörigen die freie Einreise nach Frankreich lediglich auf Grund eines Reisepasses und ohne das Visum eines französischen Konsulats gestattet ist. Die Tschechoslowakei, die sich bisher auf Grund eines französisch-tschechoslowakischen Sonderabkommens unter diesen Staaten befand, steht jetzt nicht mehr auf der neuen Liste. In Zukunft werden sich daher tschechoslowakische Staatsangehörige, die sich nach Frankreich begeben wollen, den Sichtvermerk eines französischen Konsulats beschaffen müssen.

**Verfügungen gegen Ausländer in Frankreich**

Paris. Das Innenministerium hat den Polizeiorganen eine verschärfte Kontrolle aller in Frankreich lebenden Ausländer und insbesondere jener Fremden angeordnet, die nach Frankreich kommen. In einem Kommuniqué des Innenministeriums wird erklärt, daß die Regierung die Absicht habe, namentlich Paris und Umgebung von gewissen Ausländern zu säubern. Für Paris und Umgebung werden in Zukunft nur vorübergehende Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden, während eine dauernde Niederlassung von Ausländern nicht gestattet werden wird. Außerdem plant die Regierung weitere Maßnahmen zur Sicherung einer strengen Kontrolle aller auf französischem Boden eintreffenden Ausländer sowie auch Maßnahmen für einen weitgehenden Schutz der französischen Volkswirtschaft vor fremden Elementen.

**Italien weist amerikanische Juden aus**

Washington. Wie das Staatsdepartement mitteilt, hat die italienische Regierung auf die Vorstellungen Amerikas wegen der Ausweisung amerikanischer Juden geantwortet, daß sie die amerikanische Forderung, amerikanische Juden grundsätzlich von den Ausweisungsbefehlen auszuschließen, abgelehnt habe. Sie schlägt jedoch die Einsetzung einer gemischten Kommission vor, die jeden Einzelfall prüfen soll.

**Kritisches Befinden Kemal Atatürks**

Istanbul. Der Gesundheitszustand des türkischen Präsidenten Kemal Atatürks hat sich Dienstag nachmittags verschlechtert. Es wird erwartet, daß die Krise mit jedem Augenblick ernstere Jann



Was schreibt die tschechische Presse?

Politische Parteien, Verfassung, Präsidentenwahl

Von den politischen Problemen, die in der tschechischen Presse vom Mittwoch, den 19. Oktober, eine Erörterung erfahren, stehen im Vordergrund die Fragen der politischen Parteien, der Verfassung und der Präsidentenwahl, sowie die slowakischen Angelegenheiten.

Die Notwendigkeit politischer Parteien

Mit den politischen Parteien befaßt sich sowohl die Rechte wie der Linke, besonders der „Kensob“ und das „Právo Lidu“. Der „Kensob“ schreibt:

Durch die Demokratisierung des Parlamentes nach Einführung des allgemeinen Stimmrechts hat der Staat Massencharakter angenommen. Und es ergab sich bei der ungleichmäßigen Zusammenfassung der parlamentarischen Faktoren die Notwendigkeit, die Masse der Wähler organisatorisch zu erfassen. Diese Aufgabe der Funktion des Organisators der öffentlichen Meinung bei der Schaffung der Staatsmacht fiel den politischen Parteien zu. . . Diese politischen Parteien sind die Bedingung des gesunden politischen Lebens der Nation freilich nur dann, wenn sie in ihrer Tätigkeit das verfolgen, was dem Staat als Ganzem und was dem öffentlichen Wohle dient. . . Die politischen Parteien werden und müssen als gesellschaftliche Erscheinungen existieren, solange gesunde demokratische Elemente in der Leitung des Staates erhalten bleiben sollen. . . Die Differenzierung im heutigen modernen Staat muß durchgeführt werden, und das, so daß sie der ständischen bzw. wirtschaftlichen Schichtung der Nation entspreche, und nicht so, daß sie im Geiste fremder Ideologien, welche die nationale Einheit und staatliche Ganzheit zerstören, geführt werde.

Im „Právo Lidu“ betont Josef Martinek, man müsse die Frage der Reform des Parteiwesens kritisch betrachten. Er schreibt u. a.:

Wenn man große Tiraden gegen das politische Parteienwesen und das Verwünschen alles Parteiwesens liest, und wenn dies von Blättern vorgebracht wird, welche den unverwundbaren Rekord tragen, daß sie in den zwanzig Jahren der Republik mehr politische Parteien gegründet haben, als sie die Nationen vom Jahre 1848 bis in den Weltkrieg hatte, dann wird man diese Zeremonien sicherlich mit der größten Vorsicht aufnehmen. . . Wenn man laute Stimmen hört, daß die Quelle und Hauptursache alles nationalen Unglücks (das faktisch durch Kräfte außer uns herbeigeführt worden ist) war und ist die große Anzahl politischer Parteien bei uns, wird es gut sein, daran zu erinnern, daß einem gleichen Schicksal, welches uns betroffen hat, ja einem noch ärgerem, auch nicht der österreichische Nachbarstaat entgangen ist, der nicht erst im letzten Augenblick, sondern schon vier Jahre vorher alles Parteiwesen radikal unterdrückt und ausgemergelt, alle Parteien beseitigt und sich den totalitären Regimes und neuen Richtungen so angepaßt hat, daß er selbst ein totalitäres Regime wurde, und daß ihm das alles trotzdem nicht geholfen hat.

Die Präsidentenwahl

Mehrere Blätter befaßen sich mit der neuen Verfassung und der Präsidentenwahl. Der „Kensob“ berichtet, daß alle Nachrichten der Presse, welche die Person des künftigen Präsidenten und den Termin der Wahl betreffen, bloße Kombinationen sind. Wiber sei die Entscheidung, ob der künftige Präsident dem Wirtschaftslieben werde entnommen werden, oder ob er ein Politiker sein werde oder eine andere öffentlich tätige Persönlichkeit, noch nicht getroffen.

„Kensob“ erinnert daran, daß am Mittwoch der neue Präsident hätte gewählt werden sollen, weil vierzehn Tage seit dem Rücktritt des Präsidenten Dr. Beneš vergangen sind. Die Änderungen im Staatsgefüge, insbesondere die Schaffung von Regierungen in der Slowakei und in Karpatenrußland, haben die Situation durchaus nicht vereinfacht und es ist notwendig, im Einberufen mit diesen Regierungen vorzugehen. Nach der Information des Blattes werde der künftige Präsident doch wohl den Wirtschaftskreisen entnommen werden, weil die Aufgaben des künftigen Staates überwiegend wirtschaftliche sein werden.

In „Kensob“ wird das für und Wiber einer baldigen Wahl des Präsidenten abgeurteilt. Einerseits sei es wünschenswert, das Interregnum bald zu beendigen und es könnte auch eine Periode gefunden werden, welche die schwierige Aufgabe heute übernehmen würde, in einer Zeit, da die Grenzen des Staates ebenso wie seine künftige Verfassung unbestimmt sind. Auf der anderen Seite gibt es heute eine Regierung, welche für ihre Funktion genau so eine Stütze hat, wie es ein Präsident hätte, der von der alten Nationalversammlung gewählt würde. Keine Partei kann jetzt mit ruhigem Gewissen sagen, ob sie unter den heutigen Verhältnissen in der Nationalversammlung jene Vertretung erhalten werde, welche sie bisher hatte. Die bisher gewählten Abgeordneten haben den Boden unter den Füßen verloren, denn niemand könne von ihnen mit Sicherheit sagen, für welches Gebiet er gewählt sei. Aus allen diesen Gründen müsse man bezweifeln, ob jetzt die Zeit dafür günstig sei, daß das Oberhaupt eines Staates, dessen Umrisse sich noch unklar abzeichnen, auf sieben Jahre gewählt werden solle.

Die neue Verfassung

„Kensob“ beschäftigt sich im Leitartikel mit der neuen Verfassung und sagt darüber: „In jedem Falle müssen wir uns eine solche Verfassung geben, daß eine gute Demokratie nicht durch schlechte Demokraten leide. Eine solche Verfassung,

welche den disziplinierten Ausdruck des freien Volkswillens möglich macht und alles Unvollkommene und Faulle ausschließen würde. Aber immer müssen wir im Sinne haben, daß die schönste Verfassung nichts wert ist, wenn sie nicht von fähigen und anständigen Menschen durchgeführt wird, was das Leitmotiv sein muß ebenso bei der Auswahl der Mitglieder des Parlamentes, wie der Regierung und der Person des Präsidenten der Republik.“

Die Parteien in der Slowakei

„Kensob“ enthält eine Uebersicht über die Veränderungen, welche in den politischen Parteien der Slowakei vor sich gegangen sind. Eine der Hauptforderungen der Slowakischen Volkspartei war die Auflösung der Filialen der tschechischen Parteien in der Slowakei. Dieser Forderung bemüht sich vor allem die Nationalsozialistische Partei nachzukommen, welche ihre Bewegung dreiteilig organisieren will, und zwar für die böhmischen Länder, für die Slowakei und Karpatenrußland. In der Slowakei wird der Abgeordnete Lulák sie als selbständige Partei führen. Die Sozialdemokraten haben noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob ihre Organisationen in der Slowakei im selben Verhältnis zur Zentrale bleiben wie bisher. Die Nationaldemokraten werden ihren slowakischen Zweig ohne

Veränderungen behalten. Die Agrarier beabsichtigen, ihrer slowakischen Organisation volle Freiheit zu lassen. Die Führung der Partei ist dort auf jüngere Leute übergegangen, welche mit der Führung ein geschlossenes Direktorium betraut haben. Die tschechische Volkspartei ist in der Slowakei überhaupt verschwunden und hat sich mit der Slowakischen Volkspartei vereinigt. Die Kommunistische Partei in der Slowakei wurde eingestellt. Die slowakische Nationalpartei geht im Einberufen mit der slowakischen Volkspartei vor, behält aber ihre Selbstständigkeit. In der slowakischen Regierung ist sie nicht vertreten.

Ueber das Verhältnis von Tschechen und Slowaken äußern sich die „Lidové Noviny“: „Daß unser Osten heute alle Voraussetzungen für eine gute Entwicklung, so ist dies vor allem das Verdienst der Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren, von zwanzig Jahren Slowakei in der Tschechoslowakei. Das ist eine Last, die nicht einmal durch die Fehler, welche in dieser Zeit begangen wurden, ausgelöscht werden kann. Die Slowakei ist rasch gewachsen; diese Raschheit wird noch oft empfunden werden und wird verschiedene Schwierigkeiten verursachen, aber gerade dadurch wird das Land lernen. Die schließliche Einigung zwischen Tschechen und Slowaken wird auch das auslösen, was wir uns an uns gegenseitig — insbesondere die Slowaken den Tschechen gegenüber — ausgesetzt haben. Wir im Westen müssen begreifen, daß dies eine unaufhaltsame Entwicklung gewesen ist; unser Osten darf wieder nicht vergessen, daß diese Entwicklung nur in der Tschechoslowakei möglich gewesen ist. Dieses gegenseitige Begreifen weist auch der weiteren gemeinsamen Politik der Tschechen und Slowaken den Weg, auf dem nunmehr besser die Konzeption geltend gemacht werden wird, welche die Slowaken in der heutigen Zeit als die günstige ansehen. In dieser Konzeption ist allerdings auch die einseitige Zusammenarbeit für das gemeinsame Vaterland enthalten.“

Neuregelung der politischen Verwaltung

Prag. (Amtlich.) Da manche Bezirke durch die Allokationslinie entweder geteilt oder verkleinert wurden oder der Sitz der Bezirksbehörde in das besetzte Gebiet kam, hat die Regierung die vorläufige Maßnahme getroffen, daß solche Teile von Bezirken der Verwaltung der benachbarten Bezirksbehörden zugeteilt werden. Diese übernehmen die gesamte Exekutive in jenem Gebiete, das unter der Oberhoheit und in der Verwaltung des tschechoslowakischen Staates verblieb. Darum übernimmt in Teilen der Bezirke Kaplitz und Böhmen-Brumau die Exekutive die Bezirksbehörde in Wöh. Wudweis; der Rest des Biskopetiner Bezirkes fällt an den Bezirk Domažlice (Taus), der Rest des Bezirkes Wilin an Louny (Loun), der des Bezirkes Leitmeritz an Roudnice (Raudnitz). Die Bezirksbehörde in Melnik übernimmt den Wirkungsbereich der Bezirksbehörde in Dauba, die Bezirksbehörde in Turnov (Turnau) übernimmt die Reste der Bezirke Böhmen-Leipa und Reichenberg, der Bezirk Semlitz vergrößert sich um den Rest des Bezirkes Gablonz a. N., die Bezirksbehörde in Ráchoß übernimmt die Verwaltung der Reste der Bezirke Trautenau und Braunau, die Bezirksbehörde in Pölschitz wird den Rest des Mähr.-Tribauer Bezirkes verwalten, die Bezirksbehörde in Litovel den des Bezirkes Hohenstadt. Der Teil des Bezirkes Wagstadt, der unter der Verwaltung der Tschechoslowakei verblieb, wird dem Mähr.-Osttrauer Bezirke angeschlossen, ebenso wird der verbleibende Teil des Znaimer Bezirkes der Verwaltung des Bezirkes Mähr.-Wudweis und der Teil des Mikolovitzer Bezirkes dem Bezirke Brünn-Land angeschlossen.

In einzelnen Fällen war es notwendig, die Reste der Bezirke unter die beiden benachbarten Bezirksbehörden aufzuteilen. So ist der Wirkungsbereich der Bezirksbehörde in Pradice auf die Bezirksbehörde in Písek, die Teile des Gerichtsbezirkes Netolice und des Gerichtsbezirkes Pradice übernommen, aufgeteilt, während der Rest des Gerichtsbezirkes Winterberg der Bezirksbehörde in Strakonice zugeteilt wurde. Ebenso werden die Reste des Bezirkes Wies unter

den Bezirksbehörden Pleskice und Písen aufgeteilt. In den Wirkungsbereich der Reste des Gebietes der ehemaligen Bezirksbehörde in Pöderiam teilen sich die Bezirksbehörden in Královice und in Rákovnik. Die Bezirksbehörde in Rasovnik übernimmt ferner den Rest des Gerichtsbezirkes Saaz, während die Reste des Gerichtsbezirkes Postelberg an die Bezirksbehörde in Louňy fallen. In ähnlicher Weise wird der Wirkungsbereich der Bezirksbehörde in Landskron teils auf die Bezirksbehörde in Jamberec und teils auf die Bezirksbehörde in Leitomyšl übertragen.

In Mähren wird der Amtsbezirk der ehemaligen Bezirksbehörde in Sternberg so aufgeteilt, daß die verbleibenden Teile des Bezirkes Mähr.-Neustadt der Bezirksbehörde in Litovel zufallen, während der Rest des Gerichtsbezirkes Sternberg von der Bezirksbehörde in Olmütz verwaltet wird. Auch die Reste des Bezirkes Mähr.-Kromau werden auf die Amtsbezirke der Bezirksbehörde in Mähr.-Wudweis und der Bezirksbehörde Brünn-Land aufgeteilt. Die Bezirksbehörde Brünn-Land übernimmt ferner die Verwaltung eines Teiles des Gerichtsbezirkes Jidlochovice und eines Teiles des Gerichtsbezirkes Auspitz, während der Rest des ehemaligen Bezirkes Auspitz der Verwaltung der Bezirksbehörde in Hodonin zufällt.

In zwei Fällen, in denen die Demarkationslinie Teile der Bezirke durchschneidet, war es notwendig, diese abgetrennten Teile von denen im übrigen verbleibenden Bezirk abzutrennen. Dies betrifft den Bezirk Neuhaus, dessen südwestlicher Teil unter die Verwaltung der Bezirksbehörde in Třebouš (Wittingau) fällt und den Bezirk Nová Pásk, dessen Teil der Bezirksbehörde in Písek angeschlossen wird. Alle diese Maßnahmen haben interimistischen Charakter und sind von der Notwendigkeit diktiert, die Verwaltung in den Grenzgebieten zu erleichtern. Erst später, sobald die Staatsgrenze definitiv festgelegt sein wird und die Verhältnisse sich klären werden, wird an eine definitive neue Regelung der Amtsbezirke der Bezirksbehörden geschritten werden.

Heuer noch Auflösung der französischen Kammer?

Paris. An politischen Stellen, in der Öffentlichkeit und in der Presse mehren sich die Debatten darüber, ob die Kammer nach der offenen Spaltung in der Volksfront imstande ist, ihre Aufgabe zu erfüllen und ob nicht noch im Herbst an eine vorzeitige Auflösung und Ausschreibung von Wahlen geschnitten werden soll. Hierzu wäre zu bemerken, daß es in Frankreich nicht Brauch ist, die Kammer vor Ende ihrer vierjährigen Legislaturperiode aufzulösen. Die jetzige Legislaturperiode würde im Frühjahr 1940 normal enden. Kammerpräsident Herriot soll sich entscheiden gegen eine vorzeitige Auflösung der Kammer stellen. Zahlreiche politische Parteien verurteilen auch das Wahlsystem (das ein Mehrheits- und Wahlkreiswahlrecht ist) und schlagen vor, daß vor einer eventuellen Auflösung der Kammer auf das Proportionalwahlrecht zurückgegriffen werde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß gleich nach den Senatswahlen der Ministerpräsident Beratungen mit den Parteiführern aufnehmen wird. Die Mehrzahl der politischen Parteien wird Ende dieses und Anfang des nächsten Monats ihre Kongresse abhalten, bei denen zu der Lage Stellung

genommen werden wird. Das Parlament soll einem Versprechen der Regierung zufolge Mitte November zu seiner Herbsttagung zusammenkommen, zu welchem Zeitpunkt auch die außerordentliche Vollmacht in Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten abläuft.

Die Regierung hat sich weder in der Kabinets- noch in der Ministerratssitzung mit der Frage ihrer künftigen Wehrheit im Parlament befaßt, noch mit einer eventuellen Erweiterung des Kabinetts um einige Fachleute zum Zweck der Vorbereitung der Regierungsgesetze auf finanziellen Gebiet und für die Konzentration der Waffenerzeugung.

Tagung der Internationale in Brüssel

Brüssel. Der Vollzugsausschuß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale trat Dienstag abends in Brüssel zusammen. Die Konferenz begann die Aussprache über die nach dem Münchener Abkommen entstandene Lage und über die Aufgaben der sozialistischen Parteien. Die Aussprache wurde am Mittwoch fortgesetzt. An der Konferenz nehmen Vertreter von achtzehn Staaten teil.



Der Schwede ist das Vorbild

des gesunden, kräftigen, sporttätigen Menschen. Schweden steht mit einem durchschnittlichen Kaffee-Verbrauch von 7.2 Kilogramm pro Kopf und Jahr an erster Stelle.

Kaffee verleiht dem Körper Kraft und Ausdauer.

Kein Tag ohne MEINL-KAFFEE!



Tagesneuigkeiten

Eine Hilfsaktion der sozialdemokratischen Frauen der Schweiz

Die sozialdemokratischen Frauen der Schweiz haben sich an die Dessenlichkeit ihres Landes mit einem Aufruf gewandt, der eine große Hilfsaktion für die Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei einleiten soll. Die Aktion begann am vergangenen Sonntag mit einem S u p p e n t a g in der ganzen Schweiz. Alle Schweizer Frauen waren aufgefordert, an diesem Tage den Ihren und sich nur eine Suppe zu Mittag zu geben und das so Ersparte den Flüchtlingen der Tschechoslowakei zuzuwenden.

Der „Prager Mittag“ erscheint nicht mehr

Gestern nahm der „Prager Mittag“ nach etwa fünfjährigem Erscheinen von seinen Lesern Abschied. Das Blatt, das sich stets durch unerschrockene und kämpferische demokratische Haltung auszeichnete, war — übrigens nicht allein — in den letzten Wochen Zielscheibe arger Feindseligkeit, die sich durch die Heße gegen die „Emigranten“ vollstündlich zu machen suchte. Nun mußte der „Prager Mittag“ dem von jener Seite stürmisch erhobenen Ruf nach „Einstellung“ Rechnung tragen. Der „Prager Mittag“ hat also, wie er in seinem Abschiedsbrief sagt, „die Konsequenz gezogen, den Kampfplatz zu räumen. Nicht um das Ringen für die Ideen, die uns lebendinhalt waren und sind, aufzugeben. Aber um dort zu verschwinden, wo wir keine Möglichkeit mehr haben, zu sprechen.“

Wir vermögen die tiefe Bitterkeit, mit der der „Prager Mittag“ sich zurückzieht, voll nachzuempfinden. Es handelt sich da um eine von den unzähligen Teil- und Folgeerscheinungen jüngsten politischen Geschehens, das tausendfältig schmerzhaft sich auswirkt.

Zusammenstoß in der Luft

London. (Reuter.) In einem Park von Dunmow in der Grafschaft Essex sind nach einem Zusammenstoß in der Luft zwei Flugzeuge brennend abgestürzt. Bei der Katastrophe kamen insgesamt sechs Mann ums Leben. Beide Flugzeuge waren Bomber. Ein Augenzeuge erzählte, daß beide Maschinen wie zwei glühende Meteor zur Erde stürzten und in wenigen Minuten seien die Trümmer in ein Flammenmeer gehüllt gewesen, so daß es anfangs nicht einmal möglich war, festzustellen, von welcher Art die Flugzeuge waren.

Glück im Unglück

New York. (Havas.) In der Nähe von Montgomery im Staate Alabama mußte das den Verkehr zwischen New Orleans und Atlanta versichernde Flugzeug notlanden, weil während des Fluges die eine Tragfläche Feuer fing und ein Motor sich vom Rumpfe des Flugzeuges löste. Alle elf Passagiere kamen ohne Verletzung davon. Ebenso konnten sich der Pilot und dessen Gehilfe mit geringfügigen Verbrennungen rechtzeitig aus dem brennenden Flugzeug retten. Das Flugzeug und die Post verbrannten.

Die Ausschreibungen von freien Stellen für Lehrer, Direktoren, leitende Lehrer an öffentlichen Volksschulen im Lande Böhmen sind a u f g e h o b e n worden. Daher werden die Lehrer aufmerksam gemacht, keine Besuche wegen dieser Stellen einzurichten.



Affensbüros für Sudetendeutsche. Die Ha-

Der Wiener Rundfunk brachte in seiner Re-

Zu den Meldungen über Ausweisung von

An der deutsch-holländischen Grenze kam

Der viertgrößte Diamant der Welt, der die

Der jüngere Keltner und der Mann ohne Ge-

200 Jahre Gasbeleuchtung. Man wird erstaunt

# Deutsche Diplomaten helfen Spionen

New York. (Reuter.) In der montägigen

es heute, einen 31. September, aber die Eintragung

Die Juden in Amerika. Die jüdische Bevölke-

200 Jahre Gasbeleuchtung. Man wird erstaunt

hauptsächlich um Angelegenheiten, die mit dem

Berlin. Die Dienstag-Ausgabe der „Ti-

Idee, das Gas zu destillieren. Er schuf im Labora-

Wo reist man am billigsten? Die neue franzö-

Kältere Tage. Von den nordwestlichen Teilen

## Das Element 93

Der berühmte französische Physiker Jean

Tatsache, daß dieses Element, das zur Gruppe

Bei der Bombardierung des Uran und bei

Die Spektralanalyse auf der Suche nach

## Prager Zeitung

Die Staatsbahndirektion in Prag teilt mit: Am

## Mitteilungen der „Urania“

Volkshochschule „Vertretung-Zusammenkunft“ (B.

### Urania-Kino

Premiere „Schwarzfahrt ins Glück“, „Der

Beim Besuchen der Ausstellung im

# Die neue Sintflut

Roman von Noëlle Roger

Jean erhob sich und bemerkte am Eingang

„Ahr da, ihr werdet hinauf auf die Moräne

Er setzte sich in einen Winkel und wandte

Was Lavorel im Geiste sah, war ein weißes,

Eine Viertelstunde, zwanzig Minuten . . .

Durch das Geschrei des Kindes herbeigelockt,

„Komm doch, du mußt etwas essen, sie er-

„Die arme Marie, flüsterte sie, was ist's

Sie, die niemals Mutter gewesen war,

„Welche Diagnose stellen Sie“, fragte Herr

„Es ist eine akute Perityphlitis . . . es müßte

Mit einer Gebärde trostloser Innmacht ließ

„Ich halte den Fall für hoffnungslos . . .“

„Entsetzlich, dieses Geschrei . . . wird das

„Sie brauchen es ja nicht anzuhören, das

Er ließ ihn stehen und kehrte zu dem

Drei Tage, vier Tage des Kampfes mit dem

wieder. Man wunderte sich, woher dieser Kinder-

war's nur noch ein Wimmern, das Wimmern

eines ganz kleinen Kindes und schließlich wurde

es still. Und die Mutter schöpfte wieder Mut,

weil das Kind lächelnd sagte: „Jetzt ist's gut.“

Es schien einzuschlafen. Das Gesicht war ent-

spannt, die Nase spitz, und plötzlich wurde es un-

heimlich blaß und alt unter dem dichten schwar-

zen Gelock. Und während der ganzen nächsten

Nacht zerriff ein anderer Schrei die Stille. Es

war der Schrei eines Weibchens, dem man sein

Junges entziffen hat.

Gebuldig, indem sie einen Stein nach dem

Ein eisiger Wind segte durchs Tal und trieb

Wolken vor sich hin wie eine Herde böswilliger

Tiere. Der schwere Himmel lastete auf der fels-

landschaft, die sich noch trostloser, noch unbarm-

herziger von der engen Nebelgrenze abhob. Alle

fühlten sich wehrlos gegen die ständige Drohung

der Krankheit, des körperlichen Schmerzes, die

man nicht mehr zu mildern, gegen den Tod, den

man nicht mehr zu bannen vermochte. Sie sahen

die feindlichen Gewalten des Winters und der

Berge sich entfesseln; sie errieten, daß noch andere

Kräfte am Werke waren, die an ihrer Vernich-

tung arbeiteten. Tief in ihrem Fleische empfan-

den sie das Grauen der Verlassenheit. Ihr von

allen Seiten bedrängtes Bewußtsein schloßerte vor

Entsetzen im Angesichte dieses ersten Toten. Und

da sie sich einem Fluche verfallen glaubten, benei-

deten sie beinahe diejenigen, die der Tod mitten

aus dem Leben herausgegriffen hatte, und deren

Körper hin und herrollten im Schoße dieses neuen

Meeres, das sich über die Erde ergossen hatte.

Sie stiegen hinauf, bis zum Fuße des

Grashanges über dem Wasser und schauten den

Männern zu, die mit dem Treibgut rangen.

Zahlreiche Stämme stießen und drängten

sich auf der toogonden Fläche. Aus allen

Wäldern waren ihre hundertjährigen Be-

wohner vertrieben worden, sowohl die toten,

auf dem Rose ruhenden Bäume, als auch die

hohen, vom Bliz gezeichneten Tannen. Und nun,

ein Spiel der Wellen, waren sie zu gefügigen

Wanderern geworden, die das Tal von Allez

hinaufzogen, die einzigen, die je hier an diesen

schweigenden Ufern vorbeikommen würden. Jede

Flut schwenkte neue Bäume in den dunklen

Fjord, der einst die Schlucht von Bonabaug ge-

wesen war. Ihre trockenen Zweige ineinander

verflechtend, wurden sie zu schwimmenden Inseln

und fingen alles auf, was da trieb: Bretter,

Balken, den Holzvorrat der geplünderten, den

Wellen ausgelieferten Holzmeiler. Mit einer

langen Stange in der Hand stand Forris über

das Wasser geneigt da und hielt die vorbeit-